

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungshändler und der Kioskbetreiber erhalten

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaft

KUNDGEBUNG
22. Januar, 10 Uhr
Zirkus Sarrazani
Stjachsen
Anst und Wissen

Abonnementspreise monatlich (inkl. Post) 2 RM. (Halbmonatlich 1 RM.) durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Alt. / Geschäftsstelle u. Expedition: Mühlentorstr. 2 / Fernsprecher: 17 250 / Postfachnummer: Dresden Nr. 15 690. Dresdner Verlagsgesellschaft
Erschließung: Dresden-Alt., Mühlentorstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 250 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gepaltene Anzeigen 0,20 RM. für die Reklameweile an der ersten Stelle. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr. Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Bedarfs besteht kein Anspruch auf Vorrückung der Anzeigen.

4. Jahrgang Dresden, Dienstag den 17. Januar 1928 Nummer 14

Die Front der 50 000

Die Streiklage in Mitteldeutschland / Glänzende Kampfstimmung / Heute Schlichtungsverhandlungen

Geschlossene Kampfaufnahme

Halle, 17. Jan. (Eig. Drahtbericht.)

Dem Beschluß der Bezirkskonferenz des DMB, die Sonnabend im Volkspark in Halle stattfand und die Ausnahme des Kampfes proklamierte, sind die Metallarbeiter restlos gefolgt. In Mitteldeutschland ruhen sämtliche Metallbetriebe. Von dem Streik sind rund 50 000 Metallarbeiter erfaßt, davon allein in Halle etwa 20 000. In Jersch, Dessau, Bernburg und Staßfurt ist die Arbeit seit Montag früh niedergelegt. In Thale befinden sich die Metallbetriebe ebenfalls im Streik.

Der Reichsarbeitsminister hat die am Lohnkonflikt in der mitteldeutschen Metallindustrie beteiligten Parteien für heute Dienstag 10,30 Uhr zu Verhandlungen in das Reichsarbeitsministerium geladen.

Der Streik der 50 000 mitteldeutschen Metallarbeiter hat mit großer Kampfbegeisterung im Bezirk eingesetzt. In Halle fand eine von etwa 6-7000 Personen besuchte Streikversammlung im Volkspark statt. Die Kampfstimmung der aufmarschierenden Metallarbeiter war glänzend. Den Ausführungen der Bevollmächtigten, den Kampf bis zum siegreichen Ende fortzuführen, stimmten die Arbeiter begeistert zu. Bemerkenswert ist, daß auch die Betriebe, wo das Organisationsverhältnis ein sehr schlechtes ist, geschlossen die Arbeit niedergelegt. Streikbrecher sind so gut wie gar nicht zu verzeichnen. Die Arbeit der Metallindustrie in Halle ruht vollkommen. Die Streikabschlüsse in den Betrieben legen ein glänzendes Zeugnis für die Kampfstimmung der Arbeiterschaft ab, da in allen Betrieben mit 90 bis 100 Prozent Mehrheit die Aufnahme des Kampfes noch vor Ablauf der Erklärungsfrist beschlossen wurde.

In Magdeburg legten am Montagmorgen die Arbeiter bei Krupp und O. Gruber und anderen Großbetrieben die Arbeit geschlossen nieder. Auch hier ergab die Abstimmung eine fast 100prozentige Zustimmung für

den sofortigen Kampf. In den kleineren Betrieben und im übrigen Bezirk war das Abstimmungsergebnis ebenso.

In Dessau, wo bei den Metallarbeitern noch das Kündigungsweien vorherrscht, verhielten die Unternehmer mit dem Hinweis auf die Kündigungsfrist die Metallarbeiter vom Kampf zurückzuhalten. Das ist ihnen nicht gelungen.

Auf den Straßen und Plätzen fanden spontan Betriebsversammlungen statt. Überall wurde einstimmig für sofortige Kampfaufnahme entschieden. Zur Abwägung des mit großem Eifer begonnenen Kampfes hat der Reichsarbeitsminister heute die Parteien bereits zu Verhandlungen nach Berlin geladen. Die mitteldeutschen Metallarbeiter und auch die übrige Arbeiterschaft verlangt, daß die Gewerkschaftsführer sich bei diesen Verhandlungen in keinerlei feste Vereinbarungen einlassen, sondern daß über Annahme oder Ablehnung irgendwelcher Vorschläge die Streikenden selbst entscheiden.

Gleichzeitig müssen die Streikenden überall darauf bestehen, daß unter keinen Umständen die Verbindlichkeitsklärung des Schlichtungsspruches von den Gewerkschaften anerkannt, sondern schon jetzt festgelegt wird, daß der Kampf auch gegen die Verbindlichkeitsklärung des Schlichtungsspruches, wenn er nicht die restlose Erfüllung von 15 Prozent Lohnerhöhung vorsieht, weitergeführt wird.

Der Vorwärts, der in seiner gestrigen Ausgabe noch radikale Töne über die Begeisterung des Kampfes der mitteldeutschen Metallarbeiter fand, macht heute bereits den ersten Rückzug für einen eventuellen Schlichtungsspruch des Reichsarbeitsministeriums, indem er nicht eine einzige Zeile zur Unterstützung des mitteldeutschen Metallarbeiterkampfes bringt, sondern lediglich auf der letzten Seite eine Notiz von wenigen Zeilen steht, die den allgemeinen Ausbruch des Kampfes wiedergibt.

Wozu Ministerkonferenz?

Die Ministerkonferenz, die unter großer Ausmachung und unter Teilnahme von 18 Ministerpräsidenten und hundert anderen Mitgliedern der höchsten Bureaucratie der Hindenburg-Republik in Berlin soeben begonnen hat, ist eine Tagung, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der großen Offensive der deutschen Bourgeoisie für das Jahr 1928 steht.

Sie erfolgt unter dem Druck der führenden Kreise der Großbourgeoisie, die zum Ausgangspunkt ihrer Offensive gegen die Arbeiterklasse und zu einem ihrer wichtigsten Ziele die Rationalisierung des Staates gemacht haben. Diese Frage steht im Mittelpunkt der Konferenz.

Damit ist nicht gesagt, daß die Konferenz schon wesentliche Fortschritte zur Realisierung dieses Zieles machen wird. Die Gegenkräfte in den verschiedenen Lagern der Bourgeoisie kommen gerade auf der Konferenz stark zum Ausdruck. Die Ministerkonferenz ist gleichzeitig eine Versammlung, in der die föderalistischen Länderinteressen verhältnismäßig stark zum Ausdruck kommen müssen. Stärker als je in der Vergangenheit gegenüber dem, wenn auch noch in der Gruppierung begriffenen, geschlossenen Macht des Großkapitals wirksam sind.

Das tritt schon in der die Ministerkonferenz vorbereitenden Diskussion in Erscheinung. Ein Teil der süddeutschen Bourgeoisie, die bayerische unter Führung von Held, die württembergische unter Führung von Bazille und die badische unter Führung des Sozialdemokraten Kemmels, ließ in dieser Diskussion keinen Zweifel, daß sie entschlossen sei, mit allen Mitteln ihre föderalistischen Interessen gegenüber den zentralistischen Tendenzen zu verteidigen. Eine ungemein scharfe Diskussion beispielsweise erfolgte zwischen der Kölnischen Zeitung, dem volksparteilichen Blatte, das die Führung des Kampfes um den „nationalen Einheitsstaat“ übernommen hat, und den bayerischen Vertretern. Die Kölnische Zeitung schrieb noch gestern: „Noch immer ist Kleinbürgerlichkeit, mitunter auch dynastischer Ehrgeiz, parteipolitische und bureaukratische Egotismus, soziale und funktionelle Engherzigkeit in den Ländern zu einem Hemmschuh vereinigt, der das Rad des Fortschritts aufhalten soll. Und man hört ja auch bereits Gerüchte, die die Absicht einer Sabotierung der Länderkonferenz durch einzelne Länder zu verzeichnen wissen. Wenn aber derartige Pläne auf die bayerische Regierung zurückgeführt werden, so steht das eine Unaufrichtigkeit voraus, die man dem Ministerpräsidenten Held nicht recht zutrauen kann.“ Wie man sieht, keine gerade brüderliche Vorbereitung der Berliner Konferenz.

Dieser separatistische Widerstand wird verjagt durch den heutigen Stand der Preußenfrage. Obgleich die Sozialdemokratie gerade in Preußen den Klassenverrat bis aufs äußerste getrieben hat, hindert doch diese preussische Koalition, die für den Bürgerkrieg, weil sie eine Koalition der Konfessionen an Kleinbürgerliche sozialdemokratische Elemente ist, ein Element der Unsicherheit enthält, die volle Ausnutzung der historischen Vormachtstellung Preußens im Reich für die Großbourgeoisie. Gegen das „rote Preußen“ stoßen die Länderföderalisten vor. Umgekehrt antwortet die Großbourgeoisie auf die Demagogie der Länderföderalisten mit dem Ruf: „Preußens nationaler Beruf ist, das Rückgrat des Reichs zu bleiben, bis es in der Aufrichtung des Einheitsstaates seine Aufgabe erfüllt hat.“ Eine Einigung wird erst möglich werden, wenn es der Großbourgeoisie gelingt, den Länderföderalisten das Preußenargument aus der Hand zu schlagen. So steht auch die Kölnische Zeitung in der Alternative: „Heute gilt, wie vor 60 Jahren, der Satz Marquês: Der preussische Staat kann nur durch den deutschen Einheitsstaat ersetzt werden.“

Es ist nicht zu erwarten, daß die Konferenz greifbare und sichtbare Fortschritte erreicht. Dagegen ist zu erwarten, daß auf der Konferenz volle Einmütigkeit über den ersten Schritt des kommenden „Einheitsstaates“ erzielt werden wird. Ueber den ersten und zugleich für die Arbeiterklasse auch gefährlichsten Schritt: auf der Konferenz wird Einmütigkeit über die Länderweise vorzubereitende und schon begonnene Rationalisierung herrschen. Zwei solche Rivalen wie Bayern und Sachsen haben bereits Entwürfe für die Rationalisierung ihrer Staatsapparate veröffentlicht, die in den entscheidenden Punkten völlig übereinstimmen. Ueber die sächsische Denkschrift mit ihrem Programm des Beamtenabbaus, des Abbaus der Sozialpolitik usw. haben wir ausführlich berichtet. Eben werden auch die Richtlinien der bayerischen „Staatsvereinfachung“ bekannt. Sie gleichen wie ein Ei dem anderen, dem sächsischen Projekt. Dem Gesetzentwurf, der dem bayerischen Landtag zugegangen ist, entnehmen wir nur, daß im ganzen innerhalb der nächsten fünf Jahre etwa 2500 bis 3000 Stellen abgebaut und eine Minderung der Personalanforderungen um etwa 40 Millionen Reichsmark erreicht werden soll. Mit Nachdruck vorweist die rechtsradikale Presse auf diese „fortschrittliche“ Rolle Bayerns gegenüber Preußen, das noch nicht so zielklar seine Maßnahmen — wir unterstreichen nicht so offen und ignis — vorbereitet.

Und Preußen wird deshalb auf der Konferenz, obgleich es als Basis der Rationalisierung des Reiches angesehen ist, keinen

Vorstoß der Hüttenarbeiter der GOS

Gestern berichteten wir schon, daß alle Anzeichen darauf hindeuten, daß es in der Gussstahlfabrik in Döhlen zum Konflikt kommt. Die Arbeiter in den sogenannten Hilfsbetrieben arbeiten bisher in zwei Schichten zu je 12 Stunden. Die 2 Stunden Pausen, die innerhalb der Arbeitszeit lagen, sind jedoch keine wirklichen Ruhepausen für die Arbeiterschaft. Sie können nur dann genommen werden, wenn es die Produktion erlaubt, so daß tatsächlich von einem 12stündigen Arbeitstag gesprochen werden muß.

Nach dem Vorschlag der Direktion sollte jetzt eine Verringerung der Arbeitszeit durch eine — „Verkürzung“ der Pausen — herbeigeführt werden. Die Arbeitszeit sollte eine Stunde früher als bisher beendigt werden und dafür statt 2 Stunden Pausen nur noch eine Stunde bestehen bleiben. Praktisch blieb also eine reine Arbeitszeit von 10 Stunden bestehen. Die große „Verkürzung“ bestand nur darin, daß die Arbeiter statt wie bisher 12 Stunden „nur“ noch 11 Stunden an den Betrieb geteilt waren.

Ein solches Anfinnen mußte selbstverständlich bei der genannten Belegschaft härtesten Widerspruch hervorrufen. Wenn die Direktion bisher durch den Dispens, den sie sich bis zum 15. Januar erwirkt hatte, einer Entscheidung aus dem Wege gehen konnte, so war nunmehr die Erregung der Arbeiter nicht mehr zurückzuhalten. In den Belegschaftsversammlungen, die am Freitag mittag für die Tagsschicht und am Sonnabend früh für die Nachtschicht stattfanden, kam einmütig der Wille zum Ausdruck, am Montag, dem 16. Januar, nach 9 Stunden (also um 16 Uhr) und die Nachtschicht um 3 Uhr, den Betrieb zu verlassen.

Die Direktion war sich anscheinend darüber klargeworden, daß die viel zu große Geduld der Arbeiter ein Ende hatte. Gestern früh hielt sie schon eine Sitzung mit dem Betriebsrat für angedacht. Rücksichtslos und brutal drohte der Vertreter der Direktion mit der Aussperrung, falls die Arbeiter am 16. Uhr den Betrieb verlassen würden. Nachdem die Direktion aber einsehen mußte, daß die Entschlossenheit der Arbeiter durch solche Drohungen nicht mehr erschüttert werden konnte, machte sie folgenden Vorschlag:

Tägliche Arbeitszeit: neuneneinhalb Stunden einschließlich Sonntags, so daß also wiederum 57 Stunden pro Woche zusammenkommen. Und zwar sollte gearbeitet werden von 6 bis 16 Uhr mit je einer Viertel Stunde Frühstück- und Mittagspause.

Der Betriebsrat berief sofort eine Versammlung der in den Hilfsbetrieben Beschäftigten ein. Diese fand um 8,45 Uhr im Betrieb statt. Trotzdem der Betriebsrat in dieser Versammlung die Drohung der Direktion bekannt gab, bestand die Arbeiterschaft auf ihrem gefassten Beschluß, um 16 Uhr den Betrieb zu verlassen.

Diese kampfbereite Haltung hat anscheinend den Mut der Direktion etwas gedämpft. Kurz vor Arbeitschluss ließ sie durch die Betriebsleiter bekannt machen, daß die Hilfsbetriebe um 16 Uhr Schluss machen könnten.

Nach 16 Uhr, als die Arbeiter schon den Betrieb verlassen, brachte sie schnell noch einen Antrag heraus, der den schon in der Betriebsratsitzung gemachten Vorschlag enthielt.

Dem Beschluß der Hüttenarbeiter schlossen sich sofort die im Betrieb beschäftigten Bauarbeiter der Firma Böhme und Weichelt an. Sie gingen aber noch einen Schritt weiter und verließen schon um 15 Uhr die Arbeit, arbeiteten also nur 8 Stunden.

Die übrigen Arbeiter müssen daselbe tun. Der Kampf muß geführt werden um den Achtstundentag. Das Zurückweichen der Direktion ist der beste Beweis, daß bei einmütiger, energischem Auftreten der gesamten Belegschaft der Erfolg nicht ausbleiben kann. Heute wird die Direktion bestimmt wieder versuchen, die Arbeiter durch Verhandlungen von ihrem Beschluß abzubringen. Ein Zurückweichen darf es aber nicht mehr geben.

Das Vorgehen der Arbeiter in den Hilfsabteilungen muß für die Arbeiter in den übrigen Abteilungen ein Beispiel sein. Für sie steht nur die Frage des geschlossenen Kampfes, keineswegs dürfen die Arbeiter des Stahlwerkes den Raub der Sonntagsruhe durch die im Schlichtungsspruch vorgesehene Sonntagschichten gelassen lassen. Verweigerung der Sonntagschicht in den Stahlwerken, das ist und muß jetzt die Parole sein.